

München, 31.08.2016

SPD: Bayern als Hochburg für Raubgrabungen trockenlegen

Mit einem eigenen Gesetzentwurf möchte die SPD-Landtagsfraktion illegale Grabungen unterbinden und archäologische Kulturgüter vor Missbrauch schützen.

Die SPD-Landtagsfraktion möchte Raubgräbern das Handwerk legen. Um archäologisch wertvolles Kulturgut zu erhalten, schlägt die SPD im Bayerischen Landtag mit einem eigenen [Gesetzentwurf \(PDF, 276 kB\)](#) vor, dass Funde aus Grabungen automatisch Eigentum des Freistaates Bayern werden sollen. Zudem müssen Finder verpflichtet werden, den Fund gegen einen angemessenen Finderlohn an die Behörden abzugeben. Bislang geht ein Fund in direktes Eigentum des Finders sowie des Grundstückseigentümers über.

Helga Schmitt-Bussinger, Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst im Bayerischen Landtag, betont in diesem Zusammenhang: „Experten, wie beispielsweise die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte beurteilt unsere gesetzliche Lösung als ein wirksames Instrument zur Vorbeugung von Raubgrabungen und dem Handel mit illegal erworbenen Kulturgütern“. Da die CSU-Staatsregierung im Gegensatz zu allen anderen Landesregierungen eine entsprechende Reform bisher verschlafen hat, kommt es vor, dass Funde in anderen Bundesländern mit einem falschen Standort in Bayern gemeldet werden.

Nun läge es an der CSU, sich der Lösung anzuschließen. „Die Gesetzesänderung ist eine wichtige Maßnahme zur Verhinderung von Raubgrabungen durch den Wegfall der eigentumsrechtlichen Privilegierung des Raubgräbers. Sie trägt zur Vermeidung von Fundverschleppungen bei und klärt die Eigentumsverhältnisse zugunsten des Landes. Trotz monatelanger überparteilicher Beratungen, die zu einer gemeinsamen Lösung führen sollten, verschließt sich die CSU. Nach fast 30-jährigem Hin-und-Her muss jetzt Schluss sein“, fordert die Nürnberger Abgeordnete.